

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 6

Artikel: Inwieweit haben sich die französischen Kommunisten geändert?
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339175>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Inwieweit haben sich die französischen Kommunisten geändert?

Die Diskussion darüber, ob und inwieweit sich die französischen Kommunisten (und ähnliches gilt für die italienischen und spanischen Kommunisten) von einer Moskau-treuen Partei zu einer gewissen politischen und taktischen Unabhängigkeit, verbunden mit einer Annäherung an demokratische oder demokratisch klingende Parolen, geändert haben, scheint sich mehr an die Auslegung von Worten zu klammern als an die Ausdeutung politischer Fakten. Was zunächst das Abschwören des Bekenntnisses zur «Diktatur des Proletariats» als einer unerlässlichen Forderung betrifft, muss darauf hingewiesen werden, dass die Erklärungen von Georges Marchais im Jahre 1976 nur in Worten, aber nicht im Inhalt von dem abweichen, was Marchais' Vorläufer im Amt des Generalsekretärs Maurice Thorez schon 1961 als der kommunistischen Weisheit letzten Schluss verkündet hat. Nach dem Moskauer Parteitag vom November 1961, der das inzwischen vergessene neue Parteiprogramm – natürlich einstimmig – beschlossen hat, hat Thorez in einer Rede an kommunistische Parteifunktionäre (*L'Humanité*, 22. November 1961) zunächst einmal das sowjetische Parteiprogramm analysiert und dabei gesagt:

«Die Diktatur des Proletariats hat ihre Zeit hinter sich. Der sowjetische Staat ist ein Staat des ganzen Volkes geworden; er hat aufgehört, das Instrument der Beherrschung einer Klasse über die anderen zu sein.»

Sich der damaligen französischen Situation zuwendend, hat Thorez erklärt:

«Wir glauben fest daran, dass in der neuen Konfiguration der internationalen Kräfte, mit den Erfahrungen der Volksdemokratien... es möglich ist, sich für Frankreich jetzt weniger gewaltsame Formen dieser provisorischen Diktatur des Proletariats vorzustellen und auf jeden Fall ihre Dauer zu verringern.»

In dieser Formulierung lag schon ein gewisses Abrücken von den alten Schlagworten durch die Betonung des provisorischen Charakters der Diktatur und der Möglichkeit, dieses Provisorium noch mehr abzukürzen. Wenige Tage später ist Thorez in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der Partei noch ausführlicher auf das Diktaturproblem zu sprechen gekommen (*L'Humanité*, 30. November 1961):

«Der in Bildung begriffene Sozialismus sieht sich gezwungen, den Widerstand der sich an ihre alten Privilegien klammernden Ausbeuter, den Widerstand der reaktionären Kräfte der alten Welt zu überwälti-

gen. Aus diesem Grunde ist der Gedanke der Diktatur des Proletariats ein Wesensbestandteil der marxistisch-leninistischen Lehre.»

Thorez zufolge hätten Marx und Lenin das Problem in zwei Beziehungen klargestellt: dass die Diktatur des Proletariats nach dem Beispiel der Pariser Commune als eine durchaus demokratische Angelegenheit gedacht ist und dass sie bloss vorübergehenden Charakter haben soll. (In Wirklichkeit hat Lenin niemals etwas derartiges gesagt, während Marx in seiner Rede in Amsterdam im Jahr 1872 betont hat, dass in manchen Ländern, wie zum Beispiel in England, der Sozialismus ohne Anwendung von Gewalt und auf völlig demokratischem Weg verwirklicht werden könnte. Diese Erklärungen von Marx hat Thorez damals natürlich nicht erwähnt.) In bezug auf Frankreich sagte er dann:

«In Frankreich wird es gleichermassen immer klarer und klarer, dass die sozialistische Revolution andere Formen annehmen wird als die, unter denen sie sich in dem Russland von 1917 vollzogen hat . . . Eine kommunistische Partei, die vom lebenden Marxismus inspiriert wird, kann nicht davon absehen, grossen Wert auf die historischen Besonderheiten, auf nationale Traditionen, auf verschiedene Bedingungen sowie auf die Gesetze eines allgemeinen Charakters zu legen, die für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus relevant sind.»

In dieser wundervollen Welt wird das Parlament eine volle Rolle zu spielen haben!

«Er (der 22. Parteitag der KPdSU aus dem Jahre 1961) hat *unsere Konzeption der Diktatur des Proletariats* noch bereichert – unsere Konzeption des sozialistischen Staates, dem wir im Zuge der Tageskämpfe zustreben, im Zuge unseres grossen Kampfes für die Wiedererrichtung und die Erneuerung der Demokratie.»

Die Unterschiede zwischen dem Thorez von 1961 und dem Marchais von 1976 sind also bloss Unterschiede der Emphase und des Gebrauchs oder Missbrauchs von Schlagworten. Thorez hat das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats in Worten aufrechterhalten, aber es seines ursprünglichen Inhalts beraubt. Marchais hat die leere Hülle, die übriggeblieben ist, weggeworfen, aber im Grunde hat Thorez, obwohl er noch keine Lippenbekenntnisse zur Pluralität der Parteien und der Respektierung von Wahlergebnissen abgelegt hat, die gleiche ideologische Plattform wie Marchais jetzt entwickelt.

Aber wenden wir uns von der Wortequilibristik den politischen Realitäten von 1970 zu. Ende März hat das Zentralkomitee der französischen Kommunistischen Partei getagt und unter anderem eine Resolution beschlossen, die sich mit dem Problem des Überschallflugzeugs Concorde befasst. Ob die gemeinsam britisch-französische Milliardeninvestition in diese technische Errungenschaft, die die Flugdauer zwischen London und New York auf drei Stunden herabsetzt, angesichts so vieler anderer Probleme, die vernachlässigt werden müssen, gerechtfertigt war oder nicht,

werden erst die zukünftigen Erfahrungen lehren. (Der Bau des Eiffelturmes in Paris hat seinerzeit eine ähnliche Protestwelle hervorgerufen wie jetzt die Verwendung astronomischer Summen für ein Flugzeug, das niemand kaufen will; aber heute nimmt niemand an der Existenz des Eiffelturms Anstoss.) Tatsache aber ist, dass die französischen Kommunisten, um sich als die richtigen Vertreter des französischen nationalen Prestiges zu erweisen, die rabiatesten Vorkämpfer des Projektes waren – komischerweise eines Projektes, von dem der Kosten des Flugs wegen nur eine winzige Schicht von «Kapitalisten und Monopolisten» Gebrauch machen kann – und dass sie immer gegen alle Vorschläge, ein so enorm teures Projekt aufzugeben, protestiert haben.

Nun haben sowohl die britische als auch die französische Regierung Zweifel, ob mit der Produktion eines Flugzeugtyps, der auf die Opposition der Umweltschützer stösst und durch übermässige Lärmerzeugung die in der Nähe von Flughäfen wohnenden Menschen zur Verzweiflung treibt, fortgefahren werden soll – um so mehr als ausser den staatlichen britischen und französischen Fluglinien keine Concorde gekauft hat. Ob nun hinter dem Widerstand des Parlamentes des Staates New York gegen das Landen von Concorde am Kennedy-Flughafen in New York Interessen amerikanischer Flugzeugfirmen stecken, die an dem Erfolg ihrer eigenen Projekte für ein Überschallflugzeug interessiert sind, oder nicht, ist weniger wesentlich, weil es sich eben um einen Widerstand handelt, mit dem man unter allen Umständen rechnen muss. Für die sich in französischem Nationalismus oder sogar Chauvinismus überschlagenden Kommunisten ist jedes Zögern der französischen Regierung, weitere Milliarden zu verpulvern, nichts anderes als eine Unterwerfung der stolzen französischen Nation unter das Diktat der Interessen der amerikanischen «Monopolisten». Dazu muss man wissen, dass die eigentliche Abneigung der Kommunisten gegen amerikanische Überschallflugzeuge weniger einer Begeisterung für Concorde entspricht als der Sorge um das Gelingen sowjetischer Absichten für die Produktion sowjetischer Überschallflugzeuge. Grossbritannien bemüht sich im Augenblick darum, von der Sowjetunion das Recht des Überfliegens sowjetischen Territoriums durch Concorde zu erlangen, die von London nach Tokio fliegen soll. Von Moskau ist zu diesem Ersuchen weder ein Ja noch ein Nein zu bekommen, aber den Engländern wurde «durch die Blume» angedeutet, dass Moskau hier eine gewisse Bereitwilligkeit zeigen könnte, falls die Briten der Sowjetunion helfen, sowjetischen Überschallflugzeugen Landrechte in Tokio zu verschaffen. Wie man sieht, geht es bei den Kommunisten innerhalb und ausserhalb der Sowjetunion immer streng doktrinär zu. Und nun höre man, was die französischen Kommunisten (L'Humanité, 1. April 1976) in ihrer Resolution zum Concorde-Problem sagen (der Hinweis auf «France» bedeutet, dass dieser Luxusdampfer stillgelegt werden musste):

«Nach der ‚France‘ – ‚Concorde‘!

Das französische Flugzeug ist nun ernstlich bedroht.

Mit dem Einverständnis der britischen Labour-Regierung erwägt Giscard d'Estaing, das Programm der Fabrikation von Concorde aufzugeben und die Produktion der Überschallflugzeuge den Vereinigten Staaten zu überantworten. Es ist die Frucht der Arbeit der französischen Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Forscher, die hier vernichtet werden soll, von den für Investitionen verwendeten öffentlichen Mitteln ganz zu schweigen . . .

Die Produktion von Spezialstahl soll der deutschen Firma Krupp zugeschanzt werden . . .

Das Zentralkomitee appelliert an die Organisationen der Partei und die Parteiaktivisten . . ., aktiv die Kämpfe zu unterstützen, die die Arbeiter der Flugzeugindustrie und die anderer Berufe führen, um gleichzeitig mit ihrer Beschäftigung auch den nationalen Besitzstand zu verteidigen.

Er beauftragt die kommunistischen Abgeordneten und Senatoren damit, einzugreifen, um von der Regierung zu erreichen, dass sie sofort auf ihre Absichten der Liquidierung unserer nationalen Unabhängigkeit verzichtet.»

Die rührende Sorge der französischen Kommunisten um die Erhaltung der französischen Selbständigkeit kam vielleicht noch stärker in dem Referat zum Ausdruck, das Georges Marchais in der Sitzung des Zentralkomitees hielt. Giscard d'Estaing, jammerte er, betreibe eine Politik der Aufgabe der nationalen Existenz:

«Seine Politik ist der Atlantismus. Er drängt auf die Verwirklichung von Projekten für ein vom westdeutschen Imperialismus beherrschtes integriertes Europa. Wir Kommunisten fühlen uns . . . der nationalen Unabhängigkeit verpflichtet. Darum sperren wir uns gegen jeden Transfer der Souveränität, der das Land der Aktionsfreiheit beraubt.»

Das bezieht sich auf direkte Wahlen zum Europäischen Parlament. Auf Concorde kam Marchais am Tage darauf bei einer Pressekonferenz zu sprechen (L'Humanité, 2. April 1976), als er die erstaunte Frage eines Journalisten beantwortete, warum ausgerechnet die Kommunisten die Existenz eines Luxusflugzeuges für Milliardäre verteidigen:

«Diesen Einwand kann ich einfach nicht verstehen. Concorde existiert als Frucht der französisch-britischen Zusammenarbeit . . . Wir sind im zwanzigsten Jahrhundert. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt muss ausgewertet werden. Es ist wahr, dass nicht die Arbeiter von Renault im Augenblick (!) Concorde benützen. Aber sie benützen ja Boeing oder Super-Caravelle ebensowenig. Eine solche Argumentation ist absurd.

Es muss alles getan werden, Concorde zu entwickeln. Und die Politik der französischen Regierung ist unter diesem Gesichtspunkt skanda-

lös . . . Jetzt, da Concorde konstruiert und in Dienst genommen wird, will man mit den Amerikanern eine sogenannte Super-Concorde herstellen. Es ist bedauerlich, dass die englischen Labourleute – es überrascht uns nicht, aber wir beklagen es – sich zu Komplizen des amerikanischen Imperialismus machen . . .

Dazu kommen noch andere Dinge. Man will sich entscheiden, die Erzeugung von Spezialstahl der Firma Krupp zu überlassen. Ich hatte bei einem Besuch in Dortmund Gelegenheit, die Rolle von Krupp im Laufe des letzten Jahrhunderts zu studieren.

Mit dieser Entscheidung bewilligt die französische Regierung Krupp wieder, eine Macht zu werden, von der Frankreich abhängig ist. Das berührt auch unsere nationale Verteidigung. Es handelt sich um eine kriminelle Politik des nationalen Verzichts . . .

Die KPF ist entschlossen, sich entschieden an die Spitze des Kampfes gegen diese Politik der Liquidierung, des Ausverkaufs der Interessen der Nation, zu stellen.»

(Beinahe überflüssig zu erwähnen, dass die ganze angebliche Krupp-Affäre nur in der Phantasie der Kommunisten existiert.) Man kann darüber streiten, inwieweit sich die französischen Kommunisten im Bereich der papierenen Ideologie gehäutet haben, und man kann gegebenenfalls argumentieren, dass die ständigen Beteuerungen über eine Sehnsucht nach einem «Sozialismus in französischen Farben» irgendwie auf das Denken der jungen Leute abfärben müssen, die die stalinistische Vergangenheit der KPF nicht aus eigener Beobachtung kennen. Aber nach den im vorstehenden gegebenen Kostproben kann kaum jemand daran zweifeln, dass die der stalinistischen Theorie und Praxis inhärente Taktik des Verdrehens aller Sachverhalte, der Vorspiegelung falscher Tatsachen und des peinlichen Vermeidens jedes wahren Wortes nach wie vor so wie eh und je die Grundlage der Politik der französischen Kommunisten geblieben ist. In dieser zur Beurteilung der Situation nicht unwichtigen Beziehung hat sich nicht das geringste geändert.